



PRESSEDIENST

VERBAND BILDUNG UND ERZIEHUNG – LANDESVERBAND NIEDERSACHSEN
Lehrergewerkschaft im »NBB – Niedersächsischer Beamtenbund und Tarifunion«

Hannover, den 24.09.2020 - 36

VBE-Landesvorsitzender Franz-Josef Meyer zur aktuellen forsa-Umfrage zu Gewalt gegen Lehrkräfte **„GEWALT GEGEN LEHRKRÄFTE NIMMT BUNDESWEIT WEITER ZU!“**

- Befragung im Auftrag des VBE-Bund bestätigt alarmierenden Trend auch in Niedersachsen -

„Eine aktuelle repräsentative forsa-Umfrage unter Schulleitungen im Auftrag des VBE-Bund zeigt, dass die Gewalt gegen Lehrkräfte in den letzten Jahren deutlich zugenommen hat. Die Zahlen zeigen erschreckende Ergebnisse und bestätigen den unheilvollen Trend, den der VBE auch für Niedersachsen festgestellt hat. Anstatt zu handeln schaut die Politik nur achselzuckend zu und behauptet immer noch es seien Einzelfälle. Das Wegschauen und Verharmlosen müssen endlich ein Ende haben“, so Meyer in der Bewertung der Befragung.

Die bundesweite Studie zeigt, dass 61% der Befragten in den letzten fünf Jahren an ihrer Schule Fälle von direkter psychischer Gewalt erlebt haben (2018 waren es noch 48%). Besonders stark ist der Anstieg bei psychischer Gewalt durch das Internet. Hier stieg der Wert in den letzten zwei Jahren von 20% auf 32%. Der Anstieg von körperlicher Gewalt gegen Lehrkräfte nimmt ebenfalls erheblich zu von 26% auf 34%. Die Sekundarschulen sind besonders betroffen. Hier berichten 73% der Schulen von Vorfällen von direkter psychischer Gewalt.

Fest steht: Die Opferzahlen nehmen auch in Niedersachsen weiter zu.

Hier hat sich in den letzten drei Jahren die Zahl der Gewalttaten mehr als verdoppelt. Erschreckend ist, dass fast 75 % der Delikte im Jahr 2019 körperliche Angriffe betreffen. Die Mehrzahl der Angriffe galten weiblichen Lehrkräften (63 %). Das geht aus einer differenzierten Statistik des Landeskriminalamtes hervor, die auf Anfrage des VBE über den NBB zur Verfügung gestellt wurde.

Die Dunkelziffer dürfte noch um ein Vielfaches höher sein, da in der Statistik nur Vorfälle auftauchen, die im schulischen Zusammenhang stehen. Angriffe außerhalb von Schule sind nicht erfasst. Rechnet man das „Stalking“ und die schweren Verunglimpfungen in den sozialen Netzwerken hinzu, die oft gar nicht zur Anzeige gebracht werden, ist die beschriebene Dimension noch bedrückender. Zudem meiden viele Lehrkräfte bei Vorfällen den Gang zur Polizei aus Scheu vor dem bürokratischen Aufwand oder aus Scham, als Opfer von SchülerInnenangriffen geoutet zu werden.

- 1-



PRESSEDIENST

VERBAND BILDUNG UND ERZIEHUNG – LANDESVERBAND NIEDERSACHSEN

Lehrergewerkschaft im »NBB – Niedersächsischer Beamtenbund und Tarifunion«

Die Probleme sind auch in Niedersachsen bekannt. Nur im Kultusministerium passiert nichts.

Die Politiker zeigen zwar regelmäßig Betroffenheit und wiederholen die Forderung, jedes Delikt zur Anzeige zu bringen. Konsequenzen etwa hinsichtlich des Ausbaus der Präventionsangebote oder der Opferbegleitung sind bisher ausgeblieben.

Besorgniserregend ist auch, dass nur noch gut die Hälfte der Schulleitungen bei der forsa-Umfrage angibt, betroffene Lehrkräfte ausreichend unterstützen zu können. Dabei geht es nicht nur um Eltern, die nicht kooperieren wollen, sondern etwa ein Drittel beklagt auch die fehlende Hilfe durch die Schulbehörden.

Dabei liegen die Vorschläge des VBE zur Präventionsarbeit längst auf dem Tisch.

Die **Wertevermittlung** als Pflichtprogramm sowie **Prävention** durch eine verstärkte Schulsozialarbeit sind die richtigen Ansätze.

Der VBE fordert seit Langem einen konsequenten **Ausbau der Schulsozialarbeit** für die Durchführung von Präventionsprogrammen. Ziel muss es sein, alle Schulen aller Schulformen mit Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen auszustatten.

Es fehlen auch **Schulpsychologinnen und Schulpsychologen** für die Schulberatung und Opferbegleitung. Mit etwa 15.000 SchülerInnen und 1000 Lehrkräften pro Schulpsychologe bzw. Schulpsychologin ist Niedersachsen bundesweit schon lange Schlusslicht. Auch hier ist großer Nachholbedarf.

Meyer abschließend: “Das Kultusministerium in Niedersachsen weigert sich bisher, im Gegensatz zu vielen anderen Bundesländern, eine eigene **Statistik über Gewaltvorkommnisse** in Schulen zu führen. Dann könnte man effektiv und zielgenau schul- oder schulformbezogen präventiv arbeiten und an Brennpunkten verstärkt SozialpädagogInnen einsetzen.

Unsere Lehrkräfte haben ein Recht auf Schutz durch den Dienstherrn vor Übergriffen. Es muss alles getan werden, um eine weitere Zunahme der Gewalt gegen Lehrkräfte zu verhindern.“

Weitere Informationen zur forsa-Umfrage:

www.vbe.de/service/meinungsumfragen/gewalt-gegen-lehrkraefte-2020/